

Bundestagswahl 22. September 2013:

Willkommenskultur und Doppelpass

Was steht in den Parteiprogrammen zur Einwanderung und Integration?

Vor zehn oder zwanzig Jahren sagten viele Parteien zu den bundesweiten Wahlen wenig bis gar nichts zur Einwanderung. Meist beschränkte sich das auf wenige, holzschnittartige Aussagen, Deutschland sei ein Einwanderungsland oder eben keines, und Einwanderer sollten „sich“ integrieren. Dass eine Integration immer die Gesamtbevölkerung betrifft, war früher noch kein Thema.

Im Jahre 2013 spricht jede Partei das Thema an. Dabei gibt es bestimmte Punkte, die fast in keinem Programm fehlen, so eine Position zur Einbürgerung mit doppelter Staatsangehörigkeit oder zur „Willkommenskultur“. Natürlich unterscheiden sich die Positionen, die zu diesen Fragen eingenommen werden – aber dazu sind Wahlen ja auch da.

Ich habe die Bundestags-Wahlprogramme der Parteien, die in Focus der Öffentlichkeit stehen, auf diese Fragen hin durchgesehen. Dabei habe ich die „Wahlprüfsteine“ herangezogen, die DGB, Pro Asyl und der Interkulturelle Rat gemeinsam vorgelegt haben.

CDU/CSU

Das CDU-CSU-Programm heißt „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017“ und hat einen Umfang von 127 Seiten. Die CDU diskutiert einen solchen Programmentwurf nicht öffentlich, das Programm wurde auch nicht einem Parteitag vorgelegt, sondern im Vorstand verabschiedet.

Unter den 10 Punkten im Vorwort, die den Kern der Politik bilden sollen, spielt die Einwanderung keine Rolle. Sie wird nur indirekt angesprochen: „Deutschland ist eine Kulturnation. Wir werden das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren und wollen es auf allen Ebenen weiterentwickeln.“ (Seite 9).

Sprachtests (deutsch) soll es für alle Kinder ab drei Jahren geben, Sprachförderung für alle Kinder, die das brauchen (Seite 32). Ansonsten spricht sich die CDU/CSU für die Beibehaltung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts aus und tritt für einen zusätzlichen islamischen Religionsunterricht ein.

Zur Integration ist das Kapitel „4.3 Vielfalt bereichert – Willkommenskultur schaffen“ (Seite 63 bis 66). Die wichtigsten Punkte:

- Willkommenskultur für kluge Köpfe: Es sollen hochqualifizierte und leistungsbereite Einwanderer gewonnen werden. Für diese sollen Rathäuser zu „Willkommenszentren“ werden.
- Das Anerkennungsgesetz sorgt dafür, dass mitgebrachte Qualifikationen nun einfacher und schneller anerkannt werden. Nötig ist jetzt, die beruflichen Qualifikationen nachträglich zu verbessern.
- Junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen für den Öffentlichen Dienst gewonnen werden, vor allem als Lehrerinnen und Lehrer oder Polizistinnen und Polizisten.
- Die Bildungschancen sollten verbessert werden, zentral sind dabei Deutschkenntnisse. „Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen.“ (Seite 65)
- Die CDU/CSU will Fordern und Fördern, Grundlage ist der Nationale Aktionsplan Integration.
- Die Annahme der Staatsangehörigkeit soll verbunden werden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, das soll Ausdruck einer erfolgreichen Integration und Zeichen der Zugehörigkeit sein.

- Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer wird abgelehnt. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeiten wird abgelehnt. Das Optionsmodell hat sich bewährt, die Mehrheit entscheidet sich für die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Den Integrationsverweigerern will die CDU/CSU entgegentreten: „Wer sich seinen Pflichten entzieht, muss mit Folgen für seinen Aufenthaltsstatus und seine Leistungsansprüche rechnen.“ (Seite 66) Religiöse oder kulturell übermittelte Traditionen, die zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, dürfen nicht akzeptiert werden. Ebenso wendet sich CDU/CSU gegen die Abschottung in Parallelgesellschaften und gegen islamische Sondergerichte. „Wir erwarten dabei auch von den muslimischen Verbänden ein erkennbareres Gegensteuern.“
- Über die Zuwanderungspolitik soll auch in Zukunft nicht die EU entscheiden, das Gebiet soll in nationaler Zuständigkeit bleiben.
- CDU/CSU setzen sich für den Schutz politisch Verfolgter und das Recht auf Asyl ein, ebenso für zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten.
- CDU/CSU setzen sich für „neue Formen des Schutzes ein, wie der Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in der Herkunftsland nicht möglich ist oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingegliedert werden können. Dabei bauen wir weiterhin (...) auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen.“ (Seite 66)
- „Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab.“ (Seite 66)

Ein eigenes Kapitel ist Aussiedlern gewidmet: „4.8 Aussiedler und Heimatvertriebene – ein Gewinn für unser Land“ (Seite 79-81). Hier geht es auch um die Förderung nationaler Minderheiten, genannt Dänen, Sorben, Friesen, deutsche Sinti und Roma.

Im Kapitel „5.8 Werte stärken unser Land – Kirchen und Religionsgemeinschaften“ (Seite 109-110) wird ein Bekenntnis zur „christlichen Prägung unseres Landes“ abgelegt. Das Wiedererstarken jüdischen Lebens wird begrüßt, ebenso die Beiträge muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Gemeinwesen. Alles soll aber auf der Grundlage des Staatskirchenrechts geordnet bleiben.

Menschenhandel und Zwangsprostitution soll entschlossen bekämpft werden (Seite 112). Dabei soll das Strafrecht so geändert werden, dass Verurteilungen auch ohne Aussagen der Opfer möglich sind.

Extremismus soll bekämpft werden, und zwar gleichermaßen Linksextremismus, Rechtsextremismus und Islamismus. Dabei sind V-Leute unerlässlich (Seite 115). Für ausländische Straftäter soll das Ausweisungsrecht verschärft werden. Das soll auch für religiöse Hassprediger gelten.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sollen vertieft werden, eine Vollmitgliedschaft wird abgelehnt (Seite 119).

SPD

Das SPD-Programm heißt: „Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013 - 2017“ und hat einen Umfang von 120 Seiten. Auf 350 Veranstaltungen wurden 40.000 Vorschläge für einzelne Punkte gesammelt.

Zum Fachkräftemangel will die SPD zwei Dinge angehen: Kein Jugendlicher soll ohne Schulabschluss bleiben, dazu soll ein Recht auf Ausbildung kommen. Und Menschen mit ausländischen Abschlüssen sollen durch ein beschleunigtes Anerkennungsverfahren entsprechend ihrer Ausbildung arbeiten dürfen. „Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen einer Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.“ (Seite 24) Die fehlenden Anerkennungsgesetz auf Länderebene werden nicht thematisiert. Allerdings sollen die Kosten für die Betroffenen auf einem „sozial verträglichen Niveau“ gehalten werden (Seite 49).

In der Bildung wird eine Kostenfreiheit von der Kita über die Schule bis zum Studium angestrebt. In der Schule sollen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund individuell gefördert werden (Seite 44). Junge Menschen sollen nicht aufgrund ihres Namens oder ihrer Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden (Seite 45).

Schwerpunktmäßig wird die Integrationspolitik im Kapitel III.5 (ab Seite 58) vorgestellt. Einige Punkte:

- Die doppelte Staatsangehörigkeit soll akzeptiert werden, das gilt für Einbürgerungen und für die Optionspflicht, die abgeschafft werden soll.
- Wer hier ein Studium oder eine Ausbildung abschließt, soll ohne Einschränkungen arbeiten dürfen.
- Das kommunale Wahlrecht soll nach fünf Jahren Aufenthalt gelten, dazu soll das Grundgesetz geändert werden.
- In den Integrationskursen sollen die Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte verbessert werden.
- Der Familiennachzug soll erleichtert werden.
- Der öffentliche Dienst soll so zusammengesetzt sein wie die Gesamtbevölkerung.

- Flüchtlinge sollen Schutz erhalten, insbesondere Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel und Gewalt geworden sind.
- Im Flüchtlingsrecht sollen Kinder ohne Einschränkung als Kinder behandelt werden.
- Die Residenzpflicht soll abgeschafft werden, eine Wohnsitzauflage soll durchgesetzt werden.
- Das Flughafenverfahren soll ausgesetzt werden.
- Asylbewerber und Geduldete sollen eine Berechtigung zur Teilnahme an Integrationskursen erhalten.
- Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes reformiert werden.
- Es soll eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für Geduldete geben: Für Jugendliche nach erfolgreichem Schulabschluss, bei Erwachsenen bei nachhaltiger Integration.
- Das bundesweite Resettlement soll ausgebaut und verstetigt werden.
- Die Städte, die von Armutswanderung aus Rumänien und Bulgarien betroffen sind, sollen Unterstützung des Bundes erhalten. Im übrigen sollen die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern (Bulgarien, Rumänien, Serbien, Mazedonien) verbessert werden.

Zur „Sozialen Stadt“ werden die Kürzungen der aktuellen Bundesregierung kritisiert.

Frauenhandel, „Ehrenmord“ und Zwangsheirat sollen bekämpft werden, Regelungen für die Opfer (Zeugenschutz) verbessert werden. Genitalverstümmelung soll ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden, außerdem in den Katalog der Auslandsstraftaten (Seite 100).

Zu den NSU-Morden will die SPD eine rückhaltlose Aufklärung und institutionelle Reformen. Der Verfassungsschutz soll in Zukunft die Verfassung schützen, für V-Leute soll es klare Regeln geben.

Die Zivilgesellschaft soll gestärkt werden, es soll ein Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geben.

FDP

Das Programm der FDP heißt „Bürgerprogramm 2013“. Es hat 92 Seiten. Die Einwanderung und Integration ist im Kapitel „III. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat“ – Unterpunkt „4. Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland“ beschrieben.

Zum Fachkräftemangel hat die FDP beschlossen: „Wir wollen ein Einwanderungsrecht, das Fachkräften eine Chance am Arbeitsmarkt gibt.“ (Seite 29) Es soll eine „Willkommenskultur“ für „kluge Köpfe“ geben.

Von Einwanderern fordert die FDP die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen und die „vorbehaltlose Akzeptanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (Seite 44). Im Gegenzug will die FDP die Möglichkeiten zur Integration verbessern, zum Beispiel durch Ausbau der Kinderbetreuung, damit Integrationskurse besucht werden können. Die Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse soll verbessert werden.

- Die Integrationskurse sollen für Asylbewerber und Geduldete geöffnet werden.
- Für die Einwanderung von Fachkräften soll ein Punktesystem geschaffen werden.
- Einwanderer sollen Deutsch lernen, im Gegenzug sollen Teile der Verwaltung auch Englisch lernen.
- Bei rechtmäßigem Aufenthalt soll das Arbeiten ohne besondere Erlaubnis erlaubt sein.
- Wie Studenten sollen auch Auszubildende ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können.
- Eine Einbürgerung soll schon nach vier Jahren möglich sein, dabei soll generell die Mehrstaatlichkeit hingenommen werden.
- Alle, die sich fünf Jahre rechtmäßig hier aufhalten, sollen ein kommunales Wahlrecht erhalten.

Im Öffentlichen Dienst sowie in Bildungseinrichtungen (Kitas, Schulen) soll gezielt Personal mit Migrationshintergrund eingestellt werden, in den Bildungseinrichtungen auch wegen der Vorbildfunktion für die Kinder.

Es soll für alle Kinder ab vier Jahren eine Sprachstandsfeststellung geben, anschließend gezielte Förderung für alle, die das brauchen. Gleichzeitig sollen Eltern Sprachförderung erhalten, damit sie die eigenen Kinder besser unterstützen können.

Für Einwanderer, die lange hier sind, aber mangels Angebot keine Möglichkeit hatten, an der Integration teilzunehmen, soll es Möglichkeiten für eine nachholende Integration geben.

Es soll Möglichkeiten der Ausbildung islamischer Geistlicher und Religionslehrer geben. Sofern es Religionsunterricht gibt, soll es den auch für islamische Kinder geben.

Bei der Visumvergabe sollen sich Ausländerbehörden und Botschaften nicht als Abwehrbehörden verstehen, sondern als Aushängeschilder Deutschlands agieren.

- Das Resettlement soll über 2014 hinaus fortgeführt werden.
- Asylbewerber sollen mit Aufenthaltsgestattung ohne Einschränkung arbeiten dürfen.
- Die stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelungen für Kinder und Jugendliche sollen auf alle Geduldeten ausgedehnt, Kettenduldungen abgeschafft werden.

Die FDP setzt sich für die Visumfreiheit für Russland, die Türkei und die Länder der östlichen Partnerschaft (Belorus, Ukraine, Moldavien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan) ein, sobald diese die Voraussetzungen erfüllen. (Seite 83)

Für Flüchtlinge wird ein gemeinsames europäisches Asylsystem und eine Verteilung auf alle Staaten gefordert. Minderjährige sollen erst ab dem 18. Geburtstag verfahrensmündig sein. Dublin-II-Fälle sollen nicht automatisch abgeschoben werden.

Beim Resettlement soll nicht die Religionszugehörigkeit, sondern die Notlage und Bedürftigkeit entscheiden. (Seite 86)

Die Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus im Bereich Gesundheit und faire Entlohnung soll schnell und eingehend überprüft werden. (Seite 86)

GRÜNE

Das Programm der Grünen „Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben, Einmische. Zukunft schaffen“ hat 336 Seiten. Das Thema „Integration“ hat kein eigenes Kapitel, sondern wird überall mit behandelt. Vor allem im Kapitel „N. BürgerInnenrechte stärken“ geht es auch um Einbürgerung (Punkt 6) und Asyl (Punkt 7).

Im Kapitel „Arbeit“ (ab Seite 94) geht es auch um Diskriminierung aufgrund der Herkunft, die abgebaut werden soll, so wie jede andere Chancen-Ungleichheit auch. „Die Ausgangschancen von zu vielen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind von Geburt an schlechter als die ihrer Altersgenossen. ... Doch auch ausländerrechtliche Diskriminierung... Gerade jungen Flüchtlingen muss der Zugang zu einer Ausbildung ... erleichtert werden.“ (Seite 95) Eine Forderung ist die Einführung der anonymen Bewerbung.

Zum Fachkräftemangel soll der „Zuzug ausländischer Fachkräfte“ vereinfacht und transparenter gestaltet werden. Dazu soll ein Punktesystem etabliert werden.

Für das Bildungssystem sind Maßnahmen vorgesehen, die allen Kindern mit Förderbedarf unabhängig von einem Migrationshintergrund zugute kommen sollen (kostenlose Kita, Ganztagschule...).

In der Gesundheitspolitik wollen die Grünen eine interkulturelle Öffnung der gesundheitlichen Regeldienste

und falls erforderlich ein herkunftssprachliches Beratungsangebot. Flüchtlinge und Menschen „ohne Papiere“ sollen Zugang zur „Grundversorgung“ erhalten. (Seite 127)

Im Kapitel „Teilhaben“ wird unter dem Punkt „3. Demokratie im Alltag beleben“ angekündigt, dass es eine „Einbürgerungsoffensive“ geben soll, um den Zugang zum Wahlrecht zu erleichtern. Als nächster Schritt soll das kommunale Wahlrecht für Menschen ohne deutschen oder EU-Pass eingeführt werden (Seite 208).

Bei den Plänen zur Förderung des Engagements werden neben anderen Gruppen ausdrücklich „Migrantenselbstorganisationen“ als Zielgruppe benannt (Seite 209).

Zur Bekämpfung des Rassismus gehört für die Grünen die Abschaffung der „Extremismusklausel“, die Aufklärung des Oktoberfest-Attentats, das Verbot der NPD und die Bekämpfung der Islamfeindlichkeit (Seite 213/214).

Generell soll die Überwachung zurückgedrängt werden, damit alle Menschen sich ohne Angst vor Nachteilen und Diskriminierung „einmischen“ können (Seite 218). Das gilt für Vorratsdatenspeicherung, Drohneneinsatz im Inland, Filmen von Demonstrationen und vieles mehr. Bei der Aufarbeitung des NSU-Skandals sollen alle Geheimdienste überprüft, der MAD aufgelöst werden. Verfassungsschutz soll Aufgabe von zivilgesellschaftlichen Organisationen werden, das Bundesamt für Verfassungsschutz soll aufgelöst werden. Auf V-Leute soll verzichtet werden. (Seite 222)

Im öffentlichen Dienst soll die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund erhöht und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung umgesetzt werden. (Seite 223)

Der Polizei soll das Ethnic Profiling (Kontrollen aufgrund der Hautfarbe u.ä.) strikt verboten werden. Polizeibeamte sollen Antidiskriminierungsschulungen erhalten. (Seite 224)

Es soll ein Verbandsklagerecht gegen strukturelle Diskriminierung eingeführt werden. Das Arbeitsrecht bei kirchlichen Einrichtungen soll entsprechend geändert werden. (Seite 229) Der Schutz vor Diskriminierungen soll auf die Möglichkeit, sich gegen Behörden-Diskriminierung zu wehren, erweitert werden. (Seite 229)

Die herkömmliche Integrationspolitik soll durch eine Politik echter Chancengleichheit in Bildung und Arbeit ersetzt werden. Deutschkurse sollen für alle geöffnet, ausländische Abschlüsse leichter anerkannt werden.

Die Einbürgerung für Einwanderer der ersten Generation soll erleichtert werden. Der Optionszwang soll abgeschafft werden. Doppelte Staatsangehörigkeit soll generell hingenommen werden. Bereits Eingebürgerte sollen die Möglichkeit erhalten, die frühere Staatsangehörigkeit wieder anzunehmen, ohne die deutsche zu verlieren. (Seite 232)

Der Familiennachzug soll ohne Sprachtest erlaubt werden, Deutsch soll im Alltag hier gelernt werden. Beim Scheitern einer Ehe soll das eigenständige Aufenthaltsrecht wieder leichter zuerkannt werden. Auch ein längerer Auslandsaufenthalt soll nicht mehr zum Verlust des Aufenthaltsrechtes in Deutschland führen. Die Einwanderung von Arbeitskräften soll durch Einführung eines Punktesystems erleichtert werden. (Seite 232)

Die Rechte türkischer Staatsangehöriger aus dem Assoziierungsabkommen soll gesetzlich verankert und in Zukunft beachtet werden. (Seite 232)

Flüchtlinge sollen geschützt werden, ohne dass Europa sich abschottet. Die Dublin-II-Regelung soll abgeschafft werden. Es soll ein großzügiges Resettlement mit deutlicher Erhöhung der jährlichen Aufnahmequote geben. Syrische Flüchtlinge sollen aufgenommen werden, Visumanträge bewilligt werden. (Seite 233) „Flüchtlinge sollen selbst entscheiden, wo sie Asyl beantragen.“ (Seite 288)

Die Visumfreiheit für Serbien und Mazedonien soll beibehalten werden. Roma sollen geschützt werden, Diskriminierungen im Asylverfahren berücksichtigt werden. (Seite 234)

Das Asylbewerberleistungsgesetz und die Residenzpflicht sollen aufgehoben werden. Flüchtlinge sollen von Anfang an Zugang zu Bildung, Integrationskursen, Arbeit und Gesundheit erhalten und in Wohnungen wohnen. (Seite 234)

Abschiebungen sollen strenger geprüft und bei Sicherheitsrisiko ausgesetzt werden. Die Abschiebehaft soll abgeschafft werden. Bis zur Abschaffung soll sie auf drei Monate begrenzt werden. (Seite 235)

Das Flughafenverfahren soll abgeschafft werden (Seite 235).

Für langjährig Geduldete soll es eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung geben.

Unbegleitete Minderjährige sollen besonders geschützt werden, erst mit der Volljährigkeit sollen sie „asylmündig“ werden. Sie sollen vollen Zugang zu Kinder- und Jugendhilfe erhalten.

Für Menschen ohne Papiere soll es Zugang zu Bildung und Gesundheit geben. Außerdem soll die Möglichkeit zur Erlangung eines sicheren Aufenthaltstitels geschaffen werden. (Seite 235)

Für Opfer von Menschenhandel soll es ein Bleiberecht geben, um sie bei Aussagen wirksam zu schützen. Freier von Zwangsprostituierten sollen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Opfer von Zwangsehen, die ins Ausland gebracht wurden, sollen ein dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten. Genitalverstümmelung soll ins Strafgesetzbuch aufgenommen und auch bestraft werden, wenn die Tat im Ausland geschah.

In der Außenpolitik wird unter anderem gefordert, die Visumpflicht für die Länder der Östlichen Partnerschaft (Belorus, Ukraine, Moldavien, Georgien, Armenien, Aserbaidshan), für Russland, Kosovo und die Türkei aufzuheben. Die Beitrittsverhandlung mit der Türkei sollen von der EU intensiviert werden.

LINKE

Das Wahlprogramm der Linken zur Bundestagswahl heißt „100 % sozial“ und ist 86 Seiten dick. Im Kapitel „V Demokratische Teilhabe“ gibt es zwei Abschnitte, die sich mit Integration befassen: „Demokratie für alle, die hier leben“ (ab Seite 77) und „Asylrecht ausbauen“ (ab Seite 78).

Für Flüchtlinge soll die Flucht erleichtert werden, indem FRONTEX abgeschafft wird. Die Dublin-II-Verordnung soll durch das Prinzip der „freien Wahl des Mitgliedsstaates“ für den Asylantrag ersetzt werden (Seite 51).

Das Wahlrecht soll für alle gelten, die seit mindestens fünf Jahren hier leben und mindestens 16 Jahre alt sind. Die 5-%-Hürde soll abgeschafft werden (Seite 73). Das Wahlrecht für hier lebenden Migrantinnen und Migranten soll für Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gelten (Seite 78).

Als Lehre aus den NSU-Morden sollen alle Geheimdienste inkl. Verfassungsschutz abgeschafft werden, stattdessen soll es eine unabhängige Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“ geben. (Seite 76) Die Extremismusklausel soll abgeschafft werden (Seite 77).

Die Integrationspolitik soll nicht zwischen „nützlichen“ und anderen Einwanderern unterscheiden, deshalb darf es keine Quoten, Kontingente oder Punktesysteme geben. (Seite 77)

Es soll generell die doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen werden (Abschaffung des Optionszwangs) (Seite 77/78).

Deutsch-Test vor der Visumvergabe sollen abgeschafft, Angebote von Sprachkursen verbessert werden (Seite 78).

Alle ausländischen Abschlüsse sollen anerkannt werden (Seite 78).

Die Diskriminierung von Roma, die hier Asyl beantragen, soll beendet werden. Außerdem sollen das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und die Unterbringung in Sammellagern abgeschafft werden. Alle Asylsuchenden sollen ein Recht auf Arbeit und Grundversicherung haben. Geschlechtsspezifische Fluchtgründe sollen anerkannt werden. Traumatisierte Flüchtlinge sollen muttersprachliche Versorgung erhalten (Seite 78/79).

Alle Menschen, die seit fünf Jahren hier leben, sollen einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. (Seite 79)

Schulen sollen das Wissen über Religionen durch staatlich anerkannte Lehrkräfte vermitteln (Seite 85).

PIRATEN

Das Programm der Piraten heißt „Wir stellen das mal infrage“ und hat 166 Seiten. Vorne im Abschnitt „Freiheit und Grundrecht“ ist ein Kapitel „Asyl“ (ab Seite 17). Das Kapitel „Migration und Inklusion“ findet sich auf Seite 99

Bei der Prüfung von Asylanträgen soll im Zweifel zugunsten der Antragsteller entschieden werden. Die EU soll Möglichkeiten schaffen, Grenzen sicher zu überschreiten, auch im Mittelmeer. Wer Flüchtlinge rettet, darf nicht kriminalisiert werden. (Seite 18)

Die Dublin-II-Verordnung soll abgeschafft werden, Flüchtlinge sollen die freie Wahl des Landes haben, in dem sie Asyl beantragen. Die Residenzpflicht soll abgeschafft werden, Asylantragsteller sollen Freizügigkeit in der gesamten EU genießen. (Seite 19)

Flüchtlingsunterkünfte sollen abgeschafft werden. Flüchtlinge sollen in Wohnungen wohnen und freien Zugang zum Internet erhalten, um sich zu informieren, zu bilden und Kontakt mit Familie und Freunden zu halten. Für die Versorgung soll es keine Sondergesetze (Asylbewerberleistungsgesetz) geben.

Asylbewerber sollen vor der Antragstellung psychologisch betreut werden und ausreichend Zeit erhalten, sich auf das Asylverfahren vorzubereiten. Dabei darf es keine Hierarchien von Flüchtlingen und Schnellverfahren für bestimmte Gruppen geben. Flüchtlinge sollen für das Verfahren Anspruch auf juristische Vertretung und Dolmetscher haben. (Seite 20)

Die Piraten lehnen Abschiebehaft, Abschiebungen und Botschaftsvorfürungen ab. (Seite 21)

Im Kapitel „Familie und Gesellschaft“ geht es ab Seite 99 um „Migration und Inklusion“. Die wichtigsten Forderungen sind:

- eine mobilitätsfreundliche Visapolitik
- keine Deutschkenntnisse als Bedingung vor der Einreise von Ehepartnern.
- Papierlose sollen sofort Zugang zu Bildung und Gesundheit erhalten und legalisiert werden, und zwar mit dem Ziel, eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten.
- Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten bei Einbürgerung, durch Geburt (Abschaf-

fung der Optionspflicht). Deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt in Deutschland.

- Alle hier lebenden Menschen sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Für diejenigen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, soll es Ausländerbeiräte und Integrationsbeiräte auf allen Ebenen geben, die finanziell und personell gut ausgestattet sind.
- Die Aufgaben der Integration sollen in eigenen Ministerien gebündelt werden.
- Die öffentliche Verwaltung soll mit der anonymen Bewerbung starten, um Diskriminierung abzubauen.
- Das Arbeitserlaubnisrecht soll abgeschafft werden, alle Menschen gleiche Rechte erhalten.
- Ausländische Diplome und Zertifikate sollen anerkannt werden. Wenn keine formelle Ausbildung vorliegt, soll die Erfahrung mit Feststellungsprüfungen ermittelt werden, um gleichwertige Zertifikate zu erhalten.
- Der Antiziganismus muss bekämpft werden.
- Diskriminierungen sollen wirksam bekämpft werden.
- Alle Initiativen dazu sollen gefördert, die Extremismusklausel abgeschafft werden. Gutachten und Expertisen sollen öffentlich sein.
- Im Bildungssystem sollen gleiche Chancen hergestellt werden. Mehrsprachigkeit soll gefördert werden, ohne die Kinder zu selektieren. Lehrkräfte sollen interkulturell fortgebildet werden.
- Sprachkurse sollen generell bis zum Niveau C2 kostenlos sein.

AfD

Die „Alternative für Deutschland“ hat ein Wahlprogramm von vier Seiten. Der Punkt „Integration“ umfasst drei Unterpunkte:

- Wir fordern eine Neuordnung des Einwanderungsrechts. Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung.
- Wir fordern ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.
- Ernsthaft politisch Verfolgte müssen in Deutschland Asyl finden können. Zu einer menschenwürdigen Behandlung gehört auch, dass Asylbewerber hier arbeiten können.

Wahlprüfsteine

Pro Asyl, der Interkulturelle Rat und der DGB haben gemeinsame Forderungen und Positionen unter dem Titel „Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge“ veröffentlicht. Es handelt sich um 20 Forderungen auf 45 Seiten.

(<http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Broschuere-lang-web.pdf>)

(<http://www.dgb.de/themen/++co++9977090c-d363-11e2-a77e-525400808b5c>)

(<http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre-lang-web2.pdf>)

Vorbemerkung: Die Programme sind weitaus länger als diese einzelnen Zitate. Die Anmerkung „findet sich keine Aussage“ bedeutet, dass ich keine Aussage gefunden habe. Wer mich korrigieren will: reinhard.pohl@gegenwind.info.

1. Rassistische Einstellungen überwinden.

Gefordert wird, Organisationen und Strukturen zu fördern, die rassistische Vorurteile abbauen wollen. Die Extremismusklausel soll abgeschafft werden. Foren und Blogs rassistischen Inhalts sollten strafrechtlich verfolgt werden. Die Expertenkommission „Antisemitismus“ beim Bundestag soll zu einem Gremium gegen Rassismus weiterentwickelt werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Thema Rassismus findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	<p>"Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln." (Seite 101)</p> <p>„Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.“ (Seite 102)</p>	(zum Thema Rassismus findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	<p>„Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. (...) Weitere politische Gruppen und Internetportale betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor »Überfremdung«, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen... Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremistischer Ideologie wollen wir ausleuchten. Die politische Bildungsarbeit...“ (Seite 213/214)</p>	<p>„Ohne ein breites gesellschaftliches Engagement gegen rechts – gemeinsam mit allen hierzu bereiten demokratischen Kräften – kann der Kampf gegen die Nazis zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates und gegen alle Ideologien der Ungleichheit nicht gewonnen werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass dieses antifaschistische Engagement anerkannt und gefördert wird.“ (Seite 77)</p> <p>„Die Bundesprogramme gegen rechts müssen dauerhaft und umfassend gefördert und alle Hindernisse für die Programme (z.B. die Extremismusklausel) beseitigt werden.“ (Seite 77)</p>	<p>„Die Förderung von Toleranz und der Kampf gegen Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zur Unterstützung der beteiligten Gruppen sind ausreichende finanzielle Mittel bereit zu stellen. Den Versuch, Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Rechtsextremismus mit verschiedenen Formen politischen Protests gleichzusetzen, lehnen wir ab. Die Extremismusklausel stellt einen staatlichen Generalverdacht gegen zivilgesellschaftliches Engagement dar und gehört umgehend abgeschafft.“ (Seite 103)</p>

2. Rassistische Diskriminierung verhindern

Das AGG soll auf den Bildungsbereich ausgeweitet werden. Die Praxis der Bundespolizei, Kontrollen nach angenommener ethnischer Zugehörigkeit vorzunehmen, soll beendet werden. Ins AGG soll das Verbandsklagerecht aufgenommen und die Klagfrist von zwei auf zwölf Monate verlängert werden. Die Privilegierung konfessioneller Träger soll abgeschafft werden. KlägerInnen soll eine bessere Chance erhalten, Diskriminierung vor Gericht glaubhaft zu machen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll gestärkt und Beratungsnetze in den Ländern geschaffen werden. Testing-Verfahren (z.B. Probe-Bewerbungen) soll erlaubt werden. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen gefördert werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Thema Diskriminierung findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	„Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen.“ (Seite 50)	(im Abschnitt zu Schwulen:) „Um gesellschaftliche Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen abzubauen, setzen wir vorrangig auf Bildung und Aufklärung statt auf bürokratische Antidiskriminierungsgesetze.“ (Seite 43)	<p>„Diskriminierung bringt keinen Sicherheitsgewinn. Ausweiskontrollen und Maßnahmen von Sicherheitsbehörden, die sich häufig allein deswegen gegen Menschen richten, weil sie eine dunklere Hautfarbe haben oder ihre nicht deutsche Herkunft vermutet wird, sind diskriminierend und nach Verfassungs- und Völkerrecht verboten. Wir wollen dieses Verbot von diskriminierendem Ethnic Profiling klar gesetzlich regeln. Umfassende Aufklärung...“ (Seite 224)</p> <p>„Wir wollen in Deutschland und Europa Diskriminierungen bekämpfen und die von der schwarz-gelben Bundesregierung blockierte fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie der EU voranbringen. Eine strukturelle und finanzielle Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und stärkere Recht für Einrichtungen wie Behindertenbeauftragte sollen im nationalen Bereich helfen, Diskriminierungen anzugehen. Das »Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz« wollen wir effektiver gestalten, den Rechtsschutz für Betroffene stärken und insbesondere gegen strukturelle Diskriminierungen ein Verbandsklagerecht vorsehen. Wie wir das Arbeitsrecht für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen... Es kann nicht sein, dass es leichter ist, sich gegen einen diskriminierenden Vermieter zu wehren als gegen einen diskriminierenden Beamten. (...)“ (Seite 229)</p>	„Wir stehen für eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Niemand soll in Belastungssituationen allein für seine oder ihre Rechte kämpfen müssen. Deshalb muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem echten Klagerecht für Verbände verbessert werden.“ (Seite 40/41)	„Noch immer werden viele Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder anderer äußerer Merkmale im alltäglichen Leben (z.B. bei der Vergabe von Wohnraum, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen) benachteiligt. Gegen Diskriminierungen dieser Art sind gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Statt einseitig bei Verhalten und Befähigungen der Benachteiligten anzusetzen, müssen diskriminierende Strukturen aufgedeckt, reflektiert und wirksam bekämpft werden.“ (Seite 103)

3. Rassistische Gewalt bekämpfen

Die Ergebnisse der NSU-Untersuchungsausschüsse sollen genutzt werden, um ein unabhängiges Gremium einzurichten, das institutionellen Rassismus in Behörden und Geheimdiensten aufdeckt und Maßnahmen vorschlägt. Alle Straf- und Gewalttaten von Nazis sollen registriert werden. Opfer rassistischer Gewalt müssen entschädigt werden, ihr Aufenthaltsrecht muss dafür falls nötig stabilisiert werden. Projekte, die den Ausstieg aus der Nazi-Szene fördern, müssen dauerhaft gesichert werden. Gegen die NPD soll so vorgegangen werden, dass sie keine Steuergelder mehr erhält.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Thema rassistische Gewalt findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	<p>„... Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanz der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft.“ (Seite 102)</p> <p>„Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanzieren wird.“ (Seite 101)</p>	(zum Thema rassistische Gewalt findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	<p>„... Wir wollen, dass der Bund für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dauerhaft jährlich 50 Mio. Euro bereitstellt. (...)“ (Seite 213)</p> <p>„Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotsverfahren des Bundesrates gegen die NPD. (...) Ein Verbot der NPD würde finanzielle und organisatorische Strukturen der rechtsextremen Szene in erheblichem Ausmaß zerschlagen.“ (Seite 214)</p>	<p>„... Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass dieses antifaschistische Engagement anerkannt und gefördert wird. DIE LINKE fordert die Erfassung islamfeindlicher Straftaten im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK), um das ganze Ausmaß der muslimfeindlichen Hasskriminalität deutlich zu machen.“ (Seite 77)</p> <p>„DIE LINKE fordert ein Verbot der NPD und aller weiteren neofaschistischen Organisationen. Es wird das Problem von Rechtsextremismus und Rassismus allein nicht lösen, steht aber für eine gesellschaftliche Ächtung und verhindert staatliche Unterstützung für die Strukturen der extremen Rechten.“ (Seite 77)</p>	(zum Thema rassistische Gewalt findet sich im Piraten-Programm keine Aussage)

4. Europa darf sich nicht einmauern

Schutzsuchenden muss die Einreise in der EU ermöglicht werden, schiffbrüchige Flüchtlinge auf dem Weg in die EU müssen gerettet und in einen Hafen der EU gebracht werden. Die technische Aufrüstung der Grenzsicherung soll gestoppt werden. Rückübernahmeabkommen sollen gekündigt, Verhandlungen (Türkei) gestoppt werden. Resettlement soll deutlich ausgebaut werden. Der UNHCR soll stärker gefördert werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Wir treten zugleich für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserm Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns auch im Interesse der betroffenen für zügige Verfahren bei Ausländerbehörde und Verwaltungsgerichten ein.“ (Seite 66)</p> <p>Auch in Zukunft werden wir Flüchtlingen helfen. Dabei setzen wir uns auch für neue Formen des Schutzes ein, wie der Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist und wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingliedert werden können. Dabei bauen wir weiterhin, ebenso wie bei der Hilfe für Flüchtlinge weltweit, auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen.“ (Seite 66)</p>	<p>„Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.“ (Seite 60)</p>	<p>„Wir setzen uns für eine Fortführung des Resettlement-Programms von UNHCR über das Jahr 2014 hinaus ein.“ (Seite 47)</p>	<p>„Wir wollen eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und lehnen die derzeitige Abschottungspolitik an den Außengrenzen ab. Wir wollen keine »Festung Europa«. (...) Wir sehen in der Praxis der Grenzschutzagentur FORNTEX und der EU-Mitgliedsstaaten einen Verstoß gegen das Verbot der Zurückweisung und eine schwere Menschenrechtsverletzung.“ (Seite 233)</p> <p>„Ergänzend zu einem fairen Asylsystem wollen wir eine großzügige Aufnahme einer festgelegten Zahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (sogenanntes Resettlement). Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der jährlichen Mindestaufnahmekquote ein, die Deutschland dem UNHCR dafür zur Verfügung stelle. Die Quote muss der weltweiten Flüchtlingssituation angemessen sein.“ (Seite 233)</p>	<p>„Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss abgeschafft werden. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme in der EU ein. Die Grenzen Europas müssen für schutzsuchende Menschen offen sein.“ (Seite 79)</p>	<p>„An den Außengrenzen der Europäischen Union wird seit Jahren eine zunehmende Abriegelung angestrebt und umgesetzt, die Flüchtlingen den Zugang nach Europa immer stärker versperrt. (...) Statt die Abriegelung Europas weiter voranzutreiben, muss die EU Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen, besonders auf den Meeren vor Europa, treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Rettungsaktionen sollen staatlich organisiert werden. (...)“ (Seite 18)</p>

5. Verantwortung für Schutzsuchende in Europa übernehmen

Die Asylzuständigkeit nach den „Dublin“-Abkommen soll durch Freiwilligkeit ersetzt werden. Gegen eine Abschiebung in ein anderes europäisches Land muss ein Rechtsmittel gegeben werden. Anerkannte Flüchtlinge sollen in der EU Freizügigkeit genießen.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Dublin-Abkommen findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	(zum Dublin-Abkommen findet sich im SPD-Programm keine Aussage)	(zum Dublin-Abkommen findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	„Wir wollen die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind (Dublin-II-Abkommen), und setzen uns für einheitliche, hohe Asylstandards in allen Mitgliedsländern ein.“ (Seite 233)	„Die Dublin-II-Verordnung legt fest, in welchem Mitgliedsstaat ein Asylantrag gestellt werden kann, und ist faktisch eine Drittstaatenregelung. (...) Wir wollen ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit für Flüchtlinge in der Europäischen Union schaffen. Dafür muss das Zuständigkeitsprinzip der »illegalen Einreise« durch das Prinzip der »freien Wahl des Mitgliedsstaates« ersetzt werden.“ (Seite 51)	„Die Drittstaatenregelung und deren Konkretisierung in den »Dublin«-Verordnungen lehnen wir ab. Durch diese Regelung drücken sich zentral gelegene Staaten wie Deutschland vor der Verantwortung den Schutzsuchenden gegenüber. Jedem Menschen muss das Recht auf freie Wahl seines Aufenthaltsortes gewährt werden. Daraus resultiert auch, dass jedem Menschen die Möglichkeit gegeben werden muss, in dem Land seiner Wahl Asyl zu beantragen. Die bevorzogene Verschiebungspraxis der EU lehnen wir ab.“ (Seite 19)

6. Einwanderung von Erwerbstätigen gerecht und menschenwürdig gestalten

Der Wechsel eines Aufenthaltstitels soll für alle möglich sein, egal ob Gestattung, Duldung oder Erlaubnis. Nach Ausreise soll ein Aufenthaltstitel nicht erlöschen, wenn die Rückkehr geplant ist. Alle sollen nach spätestens einem Jahr uneingeschränkt arbeiten dürfen, dazu sollen Deutsch- und Integrationskurse gefördert werden. Leiharbeit und Arbeitnehmerüberlassen soll grenzüberschreitend gleich behandelt werden. Bei Einwanderung mit einem bestimmten Arbeitsplatz soll das Aufenthaltsrecht so schnell wie möglich unabhängig davon werden. Parallel zum Schutz für Flüchtlinge soll es ein Punktesystem zur Einwanderung geben. Wer lange hier lebt, soll gleiche Rechte haben wie Einwanderer aus anderen EU-Ländern.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Im internationalen Wettbewerb um kluge Köpfe wollen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern für uns gewinnen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver werden.“ (Seite 64)</p>	<p>(zur Veränderung im Aufenthaltsgesetz findet sich im SPD-Programm keine Aussage)</p>	<p>„Die begonnene Liberalisierung bei der Einwanderung von Fachkräften und dem Einstieg in ein modernes Einwanderungsrecht wollen wir fortsetzen. Dazu streben wir die Weiterentwicklung des Arbeitssuchvisums zu einem klaren und vollständigen Punktesystem nach dem Vorbild von Kanada und Australien an.“ (Seite 45)</p>	<p>„Wir wollen die Einwanderung von Arbeitskräften grundsätzlich erleichtern. Alle einwandernden Arbeitskräfte sollen ihren Aufenthalt einfacher verlängern und verfestigen können. Durch ein breitgefächertes und transparentes Punktesystem kann Zuwanderung so gesteuert werden, dass sie Folgen des Alterungsprozesses unserer Gesellschaft abmildert und eine Inklusion auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht wird.“ (Seite 232)</p>	<p>„DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen als »nützlich« fürs Kapital gelten: Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer neokolonialen, selektiven Einwanderungspolitik.“ (Seite 77)</p>	<p>(zur Veränderung im Aufenthaltsgesetz findet sich im Piraten-Programm keine Aussage)</p>

7. Grenzüberschreitender Arbeitskräfteeinsatz - Ausbeutung verhindern

Die Gleichbehandlung aller Beschäftigten bei Entsendung soll gesetzlich verankert werden. Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten sollen bis zum Entzug der Gewerbeerlaubnis verbessert werden. Generalunternehmen sollen haften. Beschäftigte sollen ein Recht auf Beratung und Unterstützung haben, finanziert von Bund und EU.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zur Ausbeutung von Wanderarbeitern findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	(zur Ausbeutung von Wanderarbeitern findet sich im SPD-Programm keine Aussage)	(zur Ausbeutung von Wanderarbeitern findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	(zur Ausbeutung von Wanderarbeitern findet sich im Grünen-Programm keine Aussage)	<p>„Kein Lohndumping über Werkverträge! Der Missbrauch von Werkverträgen – ob als Scheinselbständigkeit oder über Auslagerung – muss wirksam unterbunden werden. Ohne Zustimmung des Betriebsrates dürfen keine Werkverträge vergeben werden.“ (Seite 13)</p> <p>„Wir wollen, dass Lohndumping in der EU abgeschafft wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.“ (Seite 50)</p>	(zur Ausbeutung von Wanderarbeitern findet sich im Piraten-Programm keine Aussage)

8. Freizügigkeit in der EU - Kein Grund für Ausgrenzung und Populismus

EU-Bürger sollen in Deutschland ein Recht auf Integrationskurse erhalten. Für EU-Bürger soll die Bildungsförderung und der Zugang zum Bildungssystem erleichtert werden. Kindertageseinrichtungen sollen kultursensible Angebote bereit halten. Die gesundheitliche Versorgung soll verbessert werden. Das Angebot beruflicher Qualifikation und der Arbeitsvermittlung soll verbessert werden. Die kultursensible Sozialarbeit soll ebenso wie das Quartiersmanagement ausgeweitet werden, die Betroffenen sollen beteiligt werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Missbrauch zu verhindern.“ (Seite 66)</p>	<p>„Die EU-Mitgliedsstaaten sehen sich aktuell mit Armutswanderung aus Südosteuropa konfrontiert. (...) Die SPD wird für die besonders von Armutswanderung betroffenen Städte ein Sofortprogramm des Bundes zur Verfügung stellen. Das Programm soll sich sowohl an die Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Kinder richten als auch an die ortsansässige Bevölkerung, um eine gemeinsame Entwicklung der Stadtteile und Quartiere zu ermöglichen, das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten und die Bildungs- und Integrationsangebote der Städte zu finanzieren (...).“ (Seite 60)</p>	<p>„Die Reisefreiheit gehört zu den kostbarsten Erregenschaften der europäischen Integration. Wir sollten sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Wir Liberalen sind vehement dagegen, nationalen Regierungen einen BlankoScheck zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu geben.“ (Seite 77)</p>	<p>„... verstärkte Einwanderung ist für uns definitiv kein Grund für die Schließung der Binnengrenzen. Genauso wichtig ist und sie Wahrung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU. Wir mache nicht mit beim schwarzen Populismus gegen Menschen aus Zentraleuropa. Wir weisen besonders die Diskriminierung von Roma zurück. Alle EU-BürgerInnen, gleich welcher Herkunft oder Ethnie, sollen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, sich in einem anderen EU-Land Arbeit zu suchen.“ (Seite 284)</p>	<p>„Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen die Vorwürfe, Flüchtlinge würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Roma aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die in Deutschland Schutz vor massiver Diskriminierung suchten.“ (Seite 78)</p> <p>„Die Reisefreiheit muss innerhalb von Europa für alle gelten.“ (Seite 51)</p>	<p>„Wir sprechen uns dagegen aus, verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen und dabei die Kriminalisierung von ganzen Volksgruppen mutwillig in Kauf zu nehmen. Gerade Antiziganismus ist hier als altes und neues Phänomen zu erwähnen, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht.“ (Seite 102)</p>

9. Aufenthaltssicherheit herstellen

Eine Niederlassungserlaubnis soll für alle in fünf Jahren erreichbar sein. Bei Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis sollen die Lebenshaltungskosten realitätsgerecht definiert werden, bei humanitären Gründen soll das Bemühen ausreichen. Die Wiederkehr ausgereister AusländerInnen soll erleichtert werden. Bei Aberkennung des Flüchtlingseigenschaft soll das Aufenthaltsrecht erhalten bleiben. Wer lange hier lebt, soll gleiche Rechte wie EU-Bürger haben.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zur Erleichterung von AE und NE findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	(zur Erleichterung von AE und NE findet sich im SPD-Programm keine Aussage)	(zur Erleichterung von AE und NE findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	Das Aufenthaltsrecht muss modernisiert werden. Menschen brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus als verlässliche Grundlage, um sich bei uns niederzulassen und eine Perspektive zu haben. In einer globalisierten Welt kann es nicht angehen, dass Menschen ihren deutschen Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie sich aus beruflichen Gründen, zum Studium oder im Ruhestand zu lange im Ausland aufhalten.“ (Seite 232)	„Das Aufenthaltsrecht von Migrantinnen und Migranten / Flüchtlingen darf nicht vom Familienstatus oder von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen abhängig gemacht werden.“ (Seite 78)	(zur Erleichterung von AE und NE findet sich im Piraten-Programm keine Aussage)

10. Bleiberechtsregelung für Geduldete beschließen

Eine Bleiberechtsregelung soll keinen Stichtag enthalten und keine restriktiven Ausschlussgründe. Die Abschiebehaft soll abgeschafft werden. Inhaftierte sollen kostenlose Rechtsberatung erhalten.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Bleiberecht findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	„Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird.“ (Seite 60)	„Wir haben ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsende geschaffen, von dem auch deren Eltern profitieren können. Nun muss in Abstimmung mit den Ländern eine generelle stichtagsunabhängige Lösung für die vielen tausend Betroffenen gefunden werden, die bereits seit Jahren in Deutschland leben, und hier auch absehbar bleiben werden, da eine Aufhebung ihrer Duldung nicht absehbar ist. Ketten-duldungen wollen wir abschaffen.“ (Seite 47)	„Wir wollen die Abschiebehaft abschaffen. Bis dahin muss sie so weißt wie möglich vermieden werden. Die mit der Anordnung...“ (Seite 235) „Langjährig hier lebende, bisher nur geduldete Menschen müssen über eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eine sichere Zukunftsperspektive bekommen.“ (Seite 235)	„Wir wollen ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben.“ (Seite 79)	„Wir setzen uns für ein generellen Ende von Abschiebungen und der Abschiebehaft ein. Abschiebung ist ein staatliches Mittel, welche nur mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden kann, die mit den Grundrechten und Menschenrechten in Konflikt stehen und einer demokratischen Gesellschaft unwürdig sind. Die Konsequenzen einer Abschiebung führen für den betroffenen Menschen fast immer in aussichtslose Situationen und oft auch zu Gefahr für Leib und Leben. Abschiebungen in Krisenregionen und in Gebiete, in denen die Verhältnisse eine Gefahr für Gesundheit und Leben darstellen können, sind abzulehnen. Bot-schaftsvorfürungen zur Identitätsfeststellung und Passersatzbeschaffung sind diskriminierend und daher ebenfalls abzulehnen. Die Abschiebehaft ist sofort bundesweit auszusetzen. Inhaftierte Personen sind sofort zu entlassen.“ (Seite 21)

11. Familien gehören zusammen

Alle Menschen in Deutschland müssen das Recht auf Familiennachzug haben. Das Kindeswohl soll dabei oberste Priorität haben. Deutschkenntnisse sollen nicht verlangt werden, es reichen Sprachkurse nach der Einreise. Familie soll mehr sein: Erwachsene Kinder dürfen zu den Eltern, Großeltern zu den Enkeln.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Familiennachzug findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	„Den Familiennachzug werden wir erleichtern.“ (Seite 59)	(zum Familiennachzug findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	<p>„Den Nachzug von ausländischen Ehegatten und eingetragenen LebenspartnerInnen wollen wir wieder erleichtern, denn Deutsch lernt man am besten im Alltag. Den Sprachtest im Ausland als Vorbedingung schaffen wir ab.“ (Seite 232)</p> <p>„Den Familiennachzug im Aufenthaltsgesetz wollen wir dem geltenden EU-Recht anpassen.“ (Seite 232)</p>	„Der Familiennachzug von Kindern, Ehegatten und (gleichgeschlechtlichen) Lebenspartnerinnen und -partnern darf nicht behindert werden. Die diskriminierenden Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen.“ (Seite 78)	„Die Familie steht laut Grundgesetz unter besonderem Schutz. Dennoch ist es für Ehegatten, die aus Nicht-EU-Ländern stammen, Pflicht, noch vor der Einreise nach Deutschland einen Sprachkurs Deutsch zu belegen und erfolgreich abzuschließen. Wir Piraten sehen hierin vor allem eine Abschreckungsmaßnahme gegenüber Ehegatten, die finanziell nicht gut ausgestattet sind, da Deutschkurse im Ausland oft teuer und mitunter mit hohem Aufwand verbunden sind. Wir fordern die Abschaffung der verpflichtenden Deutschkenntnisse noch vor der Einreise.“ (Seite 99)

12. Kinderrechtskonvention umsetzen

Das Kindeswohl soll wichtiger sein als Asyl- und Aufenthaltsrecht, die Verfahrensmündigkeit soll erst mit 18 Jahren beginnen. Bei Minderjährigen soll ein Clairing-Verfahren vor dem Asylverfahren stattfinden, sie sollen sofort alle medizinische und psychologische Hilfe erhalten. Bei einer Altersfestsetzung soll zunächst die eigene Angabe reichen, bei einer Untersuchung soll das Jugendamt zuständig sein.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Kindeswohl findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	„Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention werden wir zügig dafür Sorge tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich wie Kinder behandelt werden.“ (Seite 59)	(zum Kindeswohl findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	„Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir setzen uns für die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Insbesondere wollen wir die Heraufsetzung der Handlungsfähigkeit in Asylverfahren von 16 auf 18 Jahre. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen vollen Zugang zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wie des Gesundheitssystems bekommen.“ (Seite 235)	(zum Kindeswohl findet sich im Linken-Programm keine Aussage)	(zum Kindeswohl findet sich im Piraten-Programm keine Aussage)

13. Gerechte Bildungschancen schaffen

Das Bildungswesen soll sich interkulturell öffnen, Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte eingestellt werden. Betreuungsgeld soll abgeschafft werden. Alle sollen gleichen Zugang erhalten, also auch geduldete Jugendliche sollen Anspruch auf Bafög haben. Deutschkurse, Schulbesuch, Berufsbildung soll vom ersten Aufenthaltstag an möglich sein. Es soll Übergangssysteme zwischen Schule und Berufsbildung geben.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst, insbesondere als Lehrerinnen und Lehrer, als Polizistinnen und Polizisten und in der Justiz entscheiden.“ (Seite 64)</p>	<p>„... werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen.“ (Seite 43)</p>	<p>„Aus das kürzlich eingeführte Betreuungsgeld muss hinsichtlich seiner Wirkungen überprüft werden.“ (Seite 38)</p> <p>„Die Integrationskurse sollen auch auf Geduldete und Asylbewerber ausgedehnt werden.“ (Seite 45)</p>	<p>„Das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld setzt die falschen Anreize, denn es belohnt Familien, die ihre Kinder vom Bildungsort Kita fernhalten – wir wollen es daher zugunsten einer besseren Ausstattung der Kitas wieder abschaffen!“ (Seite 108)</p>	<p>„Das Bildungssystem muss so verändert werden, dass Vielfalt der Herkunft und des kulturellen Hintergrundes als Chance begriffen werden kann, damit die Benachteiligung von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen beendet wird. Besondere Fähigkeiten wie Zweisprachigkeit müssen gezielt gefördert werden und schlechtere Startchancen sind auszugleichen.“ (Seite 34)</p>	<p>„Es gehört zu gelungener Inklusion, wenn auch Migrantinnen und Migranten als Lehrkräfte tätig sind. Dies hilft Kindern ohne Migrationshintergrund, Migranten zu respektieren, und Kindern mit Migrationshintergrund, sich die Lehrkräfte als Vorbild zu nehmen. Wir schlagen die Vergabe von Stipendien für Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund vor, um diese zum Lehramtsstudium zu ermutigen und sie zu fördern.“ (Seite 104)</p>

14. Gleiche Rechte am Arbeitsmarkt herstellen

Ein gesetzlicher Mindestlohn soll Lohndumping begrenzen. Es soll Zielquoten für MigrantInnen im öffentlichen Dienst geben, angefangen bei den Bundesbehörden. Für alle ohne Berufsabschluss soll es ein Förderprogramm für berufliche Fort- und Weiterbildung geben. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Einrichtungen freier Träger sollen sich interkulturell öffnen. Die Förderung der Eingliederung von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen soll fortgesetzt werden. Das Anerkennungs-gesetz soll weiterentwickelt und durch Ländergesetze ergänzt werden, die Beratung ist auszubauen.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verfügen vielfach über abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildungen ihrer Heimatländer. Dieses Potential lieber aber noch zu oft bracht, während unserem Arbeitsmarkt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt um hier gegenzusteuern, ist das von CDU und CSU durchgesetzte Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse, die nun einfacher und schneller anerkannt werden.“ (Seite 64)</p>	<p>„(...) Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher.“ (Seite 19)</p> <p>„Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen. Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung der Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten.“ (Seite 49)</p>	<p>„Die Arbeitserlaubnispflicht soll zudem bei rechtmäßigem Aufenthalt entfallen.“ (Seite 45)</p> <p>„Wir wollen gezielt fachlich geeignetes Personal mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen.“ (Seite 46)</p> <p>„Asylbewerber sollen vom ersten Tag ihres rechtmäßigen Aufenthalts an arbeiten dürfen.“ (Seite 47)</p>	<p>„Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Darum streit wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.“ (Seite 90)</p> <p>„Gerade jungen Flüchtlingen muss der Zugang zu einer Ausbildung und einem qualifizierten Berufseinstieg erleichtert werden. Neben Sprachlichen Herausforderungen und sozialer Herkunft sind oft auch verdeckter Rassismus und Vorurteile...“ (Seite 95)</p>	<p>„Lohndumping muss verhindert werden: mit einem flächendeckenden Mindestlohn von zehn Euro.“ (Seite 13)</p> <p>„Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, müssen anerkannt werden.“ (Seite 78)</p>	<p>„Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die Piraten für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. Die Piratenpartei fordert als kurzfristige Maßnahme bis ... (...) Für das Jahr 2013 bedeutet dies: 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete Arbeitsverhältnisse.“ (Seite 75/76)</p> <p>„Um den Anforderungen einer vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden, setzen wir uns für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Dies beinhaltet mehrsprachige Angebote in Formularen und auf Webseiten der Behörden sowie die Aus- und Weiterbildung von Bediensteten in interkultureller Kompetenz. (...) Die Piratenpartei Deutschland fordert anonymisierte Bewerbungsverfahren in der Verwaltung, um möglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Nationalität, Aussehen, Alter und weiterer nicht-einstellungsrelevanter Merkmale vorzubeugen.“ (Seite 101)</p>

15. Einbürgerung erleichtern

Es soll mehr Rechtsansprüche auf Einbürgerung geben. Die Mehrstaatlichkeit soll generell akzeptiert werden. Junge Menschen sollen für die Einbürgerung nicht den Lebensunterhalt sichern können. Ältere Menschen sollen keine Sprachprüfung ablegen. Voraufenthaltszeiten aus Asylverfahren, Duldung und Studium sind anzurechnen.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Die Annahme unserer Staatsangehörigkeit – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ist ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit.“ (Seite 65)</p> <p>„Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir ab.“ (Seite 65)</p>	<p>„Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren.“ (Seite 58)</p>	<p>„Wir wollen eine Möglichkeit zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft.“ (Seite 46)</p>	<p>„Wir setzen auf eine Einbürgerungsoffensive, damit MigrantInnen schneller und leichter die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen können. Dabei dürfen Frauen nicht benachteiligt werden. Für die »erste Generation«, die seit Jahrzehnten hier lebt, muss es ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren geben. (...) Mehrstaatlichkeit muss generell erlaubt sein. (...) Auch bereits eingebürgerte Menschen werden so das Recht bekommen, erneut ihre alte Staatsbürgerschaft zusätzlich anzunehmen.“ (Seite 232)</p>	<p>„Darüber hinaus fordert DIE LINKE leichtere Einbürgerungsmöglichkeiten für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Wir wollen Mehrfachstaatsbürgerschaften ermöglichen. (...) Auch eine einkommensunabhängige Einbürgerung und gering gehaltene Gebühren sind notwendig.“ (Seite 78)</p>	<p>„Wir setzen uns für die Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein, um die Hürde zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und des damit verbundenen Wahlrechts zu senken. (...) Menschen, die seit langem in Deutschland leben, sollen unabhängig von wirtschaftlichen Kriterien die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.“ (Seite 100)</p>

16. Ausbürgerung vermeiden - Optionszwang abschaffen

Die Optionspflicht soll gestrichen werden, alle sollen die deutsche Staatsangehörigkeit behalten dürfen.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„... Später müssen sie sich entscheiden, welche der beiden sie behalten wollen. Dieses sogenannte Optionsmodell hat sich bisher bewährt. Die meisten jungen Erwachsenen entscheiden sich für die deutsche Staatsbürgerschaft. Diese Ja zu unserem Land begrüßen wir.“ (Seite 65)</p>	<p>„Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen (...)“ (Seite 59)</p>	<p>(zum Optionszwang findet sich im FDP-Programm keine Aussage)</p>	<p>„Wir werden den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt stärken: wer mit uns regieren will, muss akzeptieren, dass wir die doppelte Staatsbürgerschaft einführen und den diskriminierenden Optionszwang abschaffen werden.“ (Seite 232)</p>	<p>„Der Optionszwang muss abgeschafft werden.“ (Seite 78)</p>	<p>„Der Zwang zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit (Optionspflicht) entfällt. (...) Wir setzen uns für ein bedingungsloses Recht aller in Deutschland geborenen Menschen, egal welcher Abstammung, auf die deutsche Staatsangehörigkeit ein.“ (Seite 100)</p>

17. Kommunales Wahlrecht für alle

Alle Menschen, die rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland leben, sollen mindestens auf kommunaler Ebene Wahlrecht erhalten.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
<p>„Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab.“ (Seite 65)</p>	<p>„Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das Kommunale Wahlrecht nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann.“ (Seite 59)</p>	<p>„Partizipationsmöglichkeiten erleichtern die Integration: daher setzen wir uns, bei einem rechtmäßigen Mindestaufenthalt von fünf Jahren, für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein.“ (Seite 46)</p>	<p>„Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen.“ (Seite 208)</p>	<p>Wir wollen Wahlrecht für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.“ (Seite 78)</p>	<p>„Das Wahlrecht ist ein wichtiges Teilhaberecht. Wir setzen uns für das gleiche kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger wie für EU-Bürger ein, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Auch die Beteiligung an weiteren politischen Prozessen, zum Beispiel Volksbegehren, -initiativen und -entscheiden, sowie das Einbringen und Unterzeichnen von Petitionen soll unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein.“ (Seite 101)</p>

18. Faire Asylverfahren in Deutschland garantieren

Nach 12 Monaten soll es eine Aufenthaltserlaubnis geben, wenn der Asylantrag nicht entschieden ist. Anhörungen sollen nicht auf Video aufgenommen werden, der Anhörer soll entscheiden. Flughafenverfahren sollen abgeschafft werden. Die Bundesregierung soll flächendeckende Verfahrensberatung finanzieren und die anwaltliche Vertretung Asylsuchender bezahlen. Anerkannte Asylbewerber sollen sofort eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Anerkennungen dürfen später nicht widerrufen werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zur Veränderung des Asylverfahrens findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	„Das sogenannte Flughafenverfahren hat heute angesichts sehr geringer Fallzahlen nur noch eine geringe Bedeutung. Deshalb wollen wir das Verfahren, das mit erheblichen Restriktionen verbunden ist, aussetzen.“ (Seite 59)	(zur Veränderung des Asylverfahrens findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	„Das entwürdigende Flughafenverfahren, bei dem Asylsuchende bereits am Flughafen festgehalten werden, muss ein Ende haben.“ (Seite 235)	„Das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16a Grundgesetz) muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden.“ (Seite 79)	<p>„Wir streben als ersten Schritt die vollständige Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, »politisch Verfolgte genießen Asylrecht« (Art. 16 GG a.F.), an. Darüber hinaus müssen Menschen, die vor Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, hier ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden. Eine Hierarchisierung von Fluchtgründen lehnen wir ab. Außerdem lehnen wir pauschale Kategorisierungen von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ab. Schutzsuchende haben ein Recht auf individuelle Prüfung ihrer Situation. Bei der Prüfung, ob eine Berechtigung zum Asyl vorliegt, ist im Zweifel zu Gunsten der Asylsuchenden zu entscheiden. Dabei ist auf diskriminierende und inhumane Beweisverfahren zu verzichten.“ (Seite 18)</p> <p>„Allen Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, muss genügend Zeit gegeben werden, die auf der Flucht und im Herkunftsland erlebten Geschehnisse zu verarbeiten. Dafür muss gewährleistet sein, dass Asylsuchenden eine psychologische Betreuung gestellt wird, die sie dabei unterstützt und begleitet. (...) Die Piratenpartei setzt sich außerdem dafür ein, Asylsuchenden einen rechtlichen Anspruch auf eine juristische Vertretung sowie auf eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher zu gewährleisten, um diese nicht zusätzlich mit hohen Kosten, organisatorischen Schwierigkeiten und sprachlichen Barrieren zu belasten.“ (Seite 20/21)</p>

19. Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll abgeschafft werden, alle sollen in die gesetzliche Krankenkasse aufgenommen werden. Nach der Erstaufnahme sollen Asylbewerber in Wohnungen wohnen. Asylbewerber sollen von Anfang an an Integrationskursen teilnehmen. Die Residenzpflicht soll abgeschafft, Umzüge aus wichtigem Grund (z.B. Arbeitsplatz) erlaubt werden. Alle, auch Geduldete, sollen das Recht auf ein Bankkonto haben.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zum Asylbewerberleistungsgesetz findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	„Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldete auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.“ (Seite 60)	(zum Asylbewerberleistungsgesetz findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	„Das Bundesverfassungsgericht hat die gekürzten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für grundgesetzwidrig erklärt. Jetzt müssen dessen vollständige Aufhebung und die sozialrechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen folgen. Wir wollen zudem die Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Asylsuchende beseitigen und schaffen den rechtlichen Rahmen, damit sich Flüchtlinge im gesamten Bundesgebiet frei bewegen können. Dazu schaffen wir die Residenzpflicht ab und setzen uns für einen weniger reglementierten Alltag ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge menschenwürdig in eigenen Wohnungen leben dürfen. Auch wollen wir Flüchtlingen von Anfang an den Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen, Spracherwerb und Kommunikationsmedien ermöglichen.“ (Seite 234)	„Schluss mit den Schikanen gegen Flüchtlinge! Das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und die Unterbringung in Sammellagern müssen sofort abgeschafft werden. Asylsuchenden steht das gleiche Recht auf Arbeit, die gleiche Grundsicherung sowie Gesundheitsversorgung zu.“ (Seite 79)	„... Durch restriktive Vorschriften, wie z.B. die Residenzpflicht, wird ihre Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt und ein freizügiges, selbstbestimmtes Leben, ebenso wie die Beteiligung an politischen und sozialen Veranstaltungen, nahezu unmöglich gemacht. Wir setzen uns dafür ein, dass Asylsuchende die Möglichkeit gegeben wird, sich frei und unkontrolliert im gesamten Gebiet der Europäischen Union zu bewegen. (...) Wir setzen uns dafür ein, dass Asylsuchende Anspruch auf Sozialleistungen haben, ohne dabei diskriminierende Sondergesetzgebungen zu erhalten oder zu schaffen. Das Recht auf sichere Existenz und Teilhabe muss für alle Menschen gelten – auch und besonders für Schutzsuchende.“ (Seite 20)

20. Rechte für Menschen ohne Papiere

Öffentlichen Stellen im Bildungsbereich, Sozialbereich, Arbeitsagenturen und Arbeitsgerichten soll die Datenweitergabe verboten werden. Papierlose soll eine staatliche Gesundheitsversorgung garantiert werden. Es soll Verfahren geben, wie Papierlose eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Opfer sexueller oder rassistischer Gewalt ohne Papiere sollen polizeilich und gerichtlich gegen die Täter vorgehen können, ohne die Abschiebung befürchten zu müssen.

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
(zu Menschen ohne Papiere findet sich im CDU-Programm keine Aussage)	(zu Menschen ohne Papiere findet sich im SPD-Programm keine Aussage)	(zu Menschen ohne Papiere findet sich im FDP-Programm keine Aussage)	„Für uns gilt der Leitsatz: »Kein Mensch ist illegal!« Deswegen wollen wir, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können. Außerdem muss für Menschen, die über viele Jahre hinweg ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland gelebt haben, die Möglichkeit zur Erlangung eines sicheren Aufenthaltstitels geschaffen werden. Kurzfristig wollen wir das hohe Strafmaß bei irregulärer Einreise und irregulärem Aufenthalt deutlich verringern.“ (Seite 235/236)	(zu Menschen ohne Papiere findet sich im Linken-Programm keine Aussage)	„Wir brauchen eine intensivere Politik für Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, um deren Recht- und Perspektivlosigkeit zu beenden. (...) Für diese Menschen wollen wir den Bildungszugang und die medizinische Versorgung sicherstellen. Bremen hat hierbei bereits Vorbildprojekte auf den Weg gebracht. Zudem fordern wir eine Initiative zur Legalisierung von Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland befinden. Diese sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können.“ (Seite 100)

Reinhard Pohl

reinhard.pohl@gegenwind.info

Ich bitte um Korrekturen und Anmerkungen! Eine jeweils aktuelle Version dieses Artikels finden Sie hier:
<http://www.brd-dritte-welt.de/html/aktuelles.html>

Stand: 2.9.2013